

INSIDE PARADEPLATZ

Der schleichende Untergang des Finanzplatzes Schweiz

15. Oktober 2014 /

Der Druck der US-Behörden auf den Finanzplatz Schweiz kann für niemand eine Überraschung sein, der sich mit amerikanischer Wirtschafts- und Aussenpolitik beschäftigt. Hinter dem freundlichen Lächeln, auch der neuen US-Botschafterin in Bern, verbirgt sich die harte Faust eines Staates, der den wirtschaftlichen Niedergang in weiten Teilen des eigenen Landes kompensiert mit einem Führungsanspruch gegenüber der westlichen Welt.

Der schleichende Untergang des Finanzplatzes Schweiz wird besiegelt durch das Verlangen der USA, die mittels Erpressung gewonnen Daten und verlangten Verpflichtungen auch Drittstaaten zu übermitteln. Damit sind den wichtigsten noch unabhängigen Schweizer Banken juristische Handfesseln angelegt, denen sie nur mit dem Risiko sofortigen Untergangs entkommen können.

Die USA erheben den Anspruch, direkt und via NATO weite Teile der westlichen Welt zu kontrollieren. Sie wollen den EU-Staaten ein neues Handelsabkommen auferlegen, das zur weiteren Zerstörung grosser Teile der europäischen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur führen wird. Gleichzeitig sehen die USA mit Wohlwollen, wie die EU in Europas Osten den Anspruch erhebt, die Ukraine und andere osteuropäische Staaten in ihr Wirtschaftssystem zu integrieren.

Den Widerstand Russlands glaubt man brechen zu können, indem Wladimir Putin durch innere Aufstände unter Druck kommt und zum Rücktritt gezwungen wird. Von Rapperswil-Jona aus darf der russische Emigrant Chodorkowski eine neue revolutionäre Organisation aufziehen, diesmal nicht wie sein Landsmann Wladimir Lenin vor 100 Jahren in Zürich gegen die Zarenfamilie, sondern nun für die neuen Oligarchen.

Der Finanzplatz Schweiz, vor allem seine noch unabhängigen Banken, liegen jetzt in den Handschellen der Weltmacht USA. In diesem Zusammenhang ist das Wort "unabhängig" wichtig, denn die beiden Grossbanken UBS und CS haben sich frühzeitig durch Abschlagszahlungen aus dem gleichen Druck befreit. Ob dies genügt, angesichts weiterer Milliardenforderungen, ihre Selbständigkeit zu bewahren, muss derzeit offen bleiben. Zweifel sind angebracht.

Unser Finanzministerium, das sich bisher nicht durch Erkenntnisse und Massnahmen zur Rettung des Finanzplatzes ausgezeichnet hat, bedient sich des Instruments der Besänftigung. Man tue alles, um das Beste daraus zu machen. Wer glaubt, dies sei ein strategisches Unterfangen, das dem Wirtschaftsstandort Schweiz neue Vorteile bringt, der irrt. In Wirklichkeit erleben wir eine hilflose Finanzministerin, einen ebenso hilflosen Bundesrat und hilflose Schweizer Banken, die mit Kostensenkungen und Risikominderungen den Versuch machen, den schleichenden Niedergang zu verlängern.

Gibt es Auswege? Der Versuch, in andere Staaten auszubrechen, um von dort aus ein finanziell befriedigendes Geschäft aufzubauen, hat bisher keine überzeugenden Erfolge mit sich gebracht. Die Raiffeisen-Gruppe und die Bank Julius Bär gehen den Weg der Konsolidierung durch Zukauf oder Optimierung der Struktur. Die verbliebenen Privatbanken, sich langsam in Aktiengesellschaften wandelnd, um das private Vermögen zu sichern, waren immer schon Nischenspieler und werden dies auch bleiben.

Was aus den Kantonalbanken wird, die sich aus politischen Gründen nie zu einem wirklichen gemeinsamen Auftritt aufrufen konnten, wird sich bald zeigen. Zu glauben, sie könnten dem globalen Druck ausweichen, und dies bei einem in den meisten Branchen rückläufigen Wirtschaftsstandort Schweiz, dürfte sich als Irrtum erweisen.

Der langsame Ausverkauf der Reste der Schweizer Bankenwelt, wie dies bei der UBS und der CS schon erfolgt ist, dürfte sich nun beschleunigen. Schweizer Kunden lässt sich wenig raten, es sei denn, sich vermehrt um die Anlage der eigenen Vermögen zu kümmern. Dies alleine verängstigten Bankberatern zu überlassen, die um ihre Zukunft fürchten, ist eine "High risk"-Strategie.

Das goldene Ei "schweizerisches Bankgeheimnis" wurde durch den Leichtsinn schweizerischer Bankiers vom Stil eines Marcel Ospel zerstört. Die USA und die europäischen Staaten haben keinen Grund, der Schweiz Pardon zu gewähren. Wir sitzen in unserer angeschlagenen Festung, haben noch genügend Vorräte für einige Zeit, wobei die wachsenden kantonalen Defizite aufzeigen, dass die Reserven schwinden.

Einige bedeutende Unternehmer wie Thomas Schmidheiny, der soeben den Ausverkauf von Holcim ermöglicht hat, haben das Land bereits Richtung Asien verlassen; andere leben vorzugsweise in den USA, womit sie unter dem Schutz der westlichen Weltmacht stehen.

Festanstellungen bei Schweizer Banken werden für unseren eigenen Nachwuchs auch immer schwieriger. Ob IT-Berater oder junger Anwalt, junge Talente werden per "Body leasing" für wenige Monate in Bankjobs integriert. Ihre Zukunft wird damit nicht sicherer. Bundesrat und Parteien sind, ganz wie die christlichen Kirchen auch, zu Tröster-Organisationen geworden. Mir kommen die Tränen ob eines solchen Zynismus.

6 Kommentare

ueli30. Oktober 2014 / 21:42

Leider hat Herr Stöhlker recht. Die Defizite der Kantone zeigen bereits die fehlenden Steuern der Banken und Bankmitarbeiter an und diese Steuern werden weiter zurückgehen. Wer glaubt die CH-Banken seien so gut, dass sie die Konkurrenz ohne Bankgeheimnis abhängen würden, der hat nicht viel Ahnung von der CH-Bankenbranche. Die meisten CH-Bankmanager haben vom konkreten Geldverwalten keine grosse Ahnung. Diese Manager haben nur Verkaufsleute angetrieben und mehr nicht. Der Kundennutzen hatte keine Wichtigkeit.

Antworten

Ducrey Markus - ducrey partners24. Oktober 2014 / 12:57

Sehr gute Informationsplattform. Weiter so!

Antworten

zueribanker22. Oktober 2014 / 22:14

Sehr geehrter Herr Stöhlker

Nach dem Lesen Ihrer Gedanken könnte man in eine grosse Depression verfallen. Ihr Schwanengesang auf den Finanzplatz und die Schweizer Wirtschaft ist angereichert mit negativen Beispielen. Zudem fehlen auch von Ihnen Visionen. Leider suchen auch Sie das Heil bei der Politik, beim Bundesrat.

Kommen wir auf den Punkt: Die Steuerproblematik, die LIBOR- und Währungsabsprachen, die Bündelung fauler Hypotheken zu CDO-Konstruktionen etc. sind ein Problemkreis. Hier geht es – neutral formuliert – u.a. um Schadensbegrenzung. Die Banken und Finanzinstitute als Verursacher des Schlamassels sind hier allein in der Verantwortung. Die Politik hätte sich hier am besten von Anfang an herausgehalten; denn gerade diejenigen Kreise, die damals den Hilfeschrei an die Politik richteten sind jene, die nun die Politik zum Prügelknaben machen. Nennen wir es beim Namen: Bankenversagen und nicht Polit-Versagen.

Das Ganze wird zudem überlagert – und dies ist der zweite und wichtigere Problemkreis – durch einen globalen Strukturwandel in der weltweiten Finanzindustrie. Dieser Strukturwandel wird getrieben durch die Globalisierung. Dieser Realität können wir uns nicht entziehen. Der globale Druck geht einerseits in Richtung erhöhter Transparenz der Finanzdienstleistungen, betreffend Produkte und Prozesse (inkl. Kunden). Andererseits in Richtung vermehrter Performance-Orientierung zusammen mit integralen Finanzlösungen. Im Klartext: Der globale Markt verlangt immer mehr Leistung und keine Banklagernd-Mentalität. Hier kann der Bundesrat zusammen mit der Finanzindustrie, bzw. deren Vertreter i.w.S. an zielführenden Rahmenbedingungen mitarbeiten.

Fazit: Ich nehme Ihre z.T. plakativen Aussagen wahr als Vermischung obiger zwei Problemkreise. Diese sind auseinanderzuhalten und erfordern je eine eigene Analyse, Beurteilung und Abarbeitung.

Zum aktuellen Stand im Steuerstreit eine pragmatische (nicht politische!) Standortbestimmung:

<http://www.srf.ch/player/radio/rendez-vous/audio/peter-v-kunz-die-schweizer-banken-und-die-usa?id=597e32e7-598d-4182-ac62-45727dfeaa08>

Antworten

Der Praktiker23. Oktober 2014 / 10:56

@Züribänker,

Sie schreiben Zitat:

Nennen wir es beim Namen: Bankenversagen und nicht Polit-Versagen. Das Ganze wird zudem überlagert – und dies ist der zweite und wichtigere Problembereich – durch einen globalen Strukturwandel in der weltweiten Finanzindustrie. Dieser Strukturwandel wird getrieben durch die Globalisierung. Dieser Realität können wir uns nicht entziehen.

Zitat Ende.

Entgegen dieser aus allen Medien vertrauten Interpretation ist die Globalisierung, verstanden als nationale Grenzen überschreitende Verflechtung wirtschaftlicher Systeme, kein Naturereignis, oder auch nur unabwendbare Konsequenz neuer Kommunikations- und Transporttechnologien. Sie wird durch zielstrebige Politik bewusst herbeigeführt. Vertrag für Vertrag, Gesetz für Gesetz sind es immer Regierungen und Parlamente, die mit ihren Beschlüssen die Barrieren für den grenzüberschreitenden Verkehr von Kapital und Waren beseitigen.

Globales Wirtschaften wird politisch gestaltet und unterliegt damit den vorherrschenden Ideologien. Marktwirtschaft ist im Verständnis neoliberaler Propheten wie Hayek und Friedman kein System, in welchem die Teilnehmer gemeinsam Mehrwert für alle schaffen. Es ist ein System, in welchem jeder versucht, sich selbst auf Kosten der anderen zu bereichern.

Entsprechend darf es keine gesamtgesellschaftliche Steuerung marktwirtschaftlicher Aktivitäten geben, mit dem Ziel einer gerechten Verteilung gemeinsamer erarbeiteter Güter. Für die Anhänger der neoliberalen Lehre kann es keine Steuerung wirtschaftlicher Aktivitäten auf nationaler ebenso wenig wie auf globaler Ebene geben. Wirtschaftliche Tätigkeiten können nur auf der Ebene privater Aktivitäten beeinflusst werden. Diese Aktivitäten sind durch die von der Evolution vorgegebenen Gesetzmäßigkeiten der unsichtbaren Hand des Marktes limitiert, welche automatisch dafür sorgen, dass sich eine spontane Ordnung mit einem nicht zu beeinflussenden Ergebnis einstellt. Der Mensch muss sich gemäß der neoliberalen Heilslehre darauf beschränken, seinen Eigennutzen zu maximieren.

Ich habe nebenan zum Standpunkt des Erbsenzählers aus Riehen einen Beispiel der die Betriebs-, – und Volkswirtschaftlichen Nutzen gegenüberstellt, dabei versucht zu erklären, dass es so was wie “Staat” es nicht gibt!

Die Steuerdebatte ist ein Ablenkungsmanöver die mit grossem publizistischem Aufwand von der Finanzindustrie selbst losgetreten wurde.

Die Finanzinstitute können ihre Geiselnahme der Bevölkerung ungestraft mit tatkräftiger Unterstützung durch die Politik weiter durchziehen. Die Politik stellt sicher, dass alle Wünsche der Finanzwirtschaft erfüllt werden und diese weiter ihren räuberischen Geschäften zu Lasten der Allgemeinheit nachgehen kann. Der Standpunkt des Erbsenzählers aus Riehen und seine Repliken an Diskutanten sind ein Paradebeispiel wie Systemvertreter weiterhin versuchen die Menschen in Irre zu führen (bewusst oder unbewusst!).

Beste Grüsse
Der Praktiker

Zukunftsforscher22. Oktober 2014 / 09:02

Sehr treffend formuliert, Herr Stöhlker. Auch dass unser Land immer noch viel besser dasteht als unsere Nachbarländer kann nicht darüber hinweg täuschen, dass wir Terrain verlieren. Wir leben heute von der

Substanz. Die Angst gegenüber dem Ausland schwächt uns. Paradoxe Weise kann man hierfür nicht einmal den Linken die Schuld zuweisen, dass sich die Schweiz dem Niedergang ergibt, sondern den vom Wohlstand geblendeten "Bürgerlichen".

Antworten

Der Praktiker 16. Oktober 2014 / 09:30

Sehr geehrter Herr Stöhlker,

Die Quintessenz Ihres Artikels lässt sich mit einem Begriff zusammenfassen: Propaganda.

Der schleichende Untergang des Finanzplatzes Schweiz?

Sie schreiben Zitat:

Der langsame Ausverkauf der Reste der Schweizer Bankenwelt, wie dies bei der UBS und der CS schon erfolgt ist, dürfte sich nun beschleunigen.

weiter... Einige bedeutende Unternehmer wie Thomas Schmidheiny, der soeben den Ausverkauf von Holcim ermöglicht hat, haben das Land bereits Richtung Asien verlassen; andere leben vorzugsweise in den USA, womit sie unter dem Schutz der westlichen Weltmacht stehen.

Zitat Ende.

Ich bin tief berührt, wie Sie in höchster Präzision bei gleichzeitig emotionaler Rhetorik den Untergang des Finanzplatzes Schweiz deutlich machen und Sie mit keinem Wort die Ohnmacht der Politik gegenüber dieser systemischen Erpressung des Bankensystems erwähnen.

Es wäre erwähnenswert zu beschreiben, wie der eingeknickte Bundesrat und Parlament, in den letzten Jahrzehnten sich regelrecht von der UBS & Co haben erpressen lassen, als sie v.a. mit der Abwanderung nach London, New York, Singapur drohten, falls man die Bankregularien und Steuergesetze nicht deutlich lockere.

Die Antwort wäre simpel gewesen:

Dann sollen sie doch gehen! Wir sind doch wohl in der Lage ein paar neue Banken zu gründen, die dann sogar die Interessen der Bevölkerung berücksichtigen.!

Idem, für den Herrn Asbest: Schmidheiny! Der in mehreren Ländern zu Schadenersatzzahlungen verurteilter Miliardär tut dem Forschungsstandort Schweiz ein Gefallen! Wir haben hervorragende technische Hochschulen die gemeinsam mit den "echten forschenden Unternehmen" – und keine Kapitalsammelbecken wie Holcim -, neuartige Materialien entwickeln und vertreiben könnten mit Hilfe der Regierung die durch einen Nationalfonds gezielt diese Aktivitäten unterstützt.

Klar, die lukrativen Aufträge für PR-Agenturen, Treuhändler, Anwälte, Wirtschaftsprüfer und angeschlossenen Medien würden stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

Aber damit kann die arbeitende Schweizer Bevölkerung sehr gut leben!

Ach, noch etwas: Sie weisen auf die Kantonalen und Kommunalen Defizite hin!

Dieses Argument hat trotz seiner populistischen Einfachheit keine sachliche Grundlage. Lasten und Nutzen aus der Staatsverschuldung werden immer von der jeweils lebenden Generation getragen. Staatsverschuldung stellt keinen Generationskonflikt dar. Die heutige Generation der Steuerzahler zahlt die Zinsen auf die Staatsschulden an die heutige Generation der vermögenden Kreditgeber. Die Zahlenden werden ihre Verpflichtungen an ihre Kinder weitergeben, genauso wie die Zahlungsempfänger ihre dadurch steigenden Guthaben an ihre Kinder vererben werden. Die durch die Staatsverschuldung verursachte Umverteilung von unten nach oben findet hier und heute, innerhalb der jetzigen Generation statt.

Die Staatsschulden sind Kredite, welche sich der Staat bei Vermögenden besorgt. Diese Forderungen gegen den Staat werden die Vermögenden nicht mit ins Grab nehmen, sondern an ihre Erben (überwiegend steuerfrei!) weiterreichen. Diese Erben profitieren also von den Staatsschulden und können von den Zinseinnahmen sorgenfrei leben. Gekniffen sind die Erben mitteloser Bürger, diese dürfen mit ihren Steuern die Staatsschulden und damit die Einnahmen der reichen Erben bezahlen. Nicht alt gegen jung, sondern arm gegen reich ist das Problem.

Die Frage, wer für die Staatsschulden aufkommen muss, wird durch die aktuellen Steuergesetze beantwortet. Diese lassen keine Zweifel aufkommen: Unternehmen und Kapitalbesitzer werden geschont, zahlen muss die Mehrheit der normal und gering verdienenden Bürger, ebenso wie Rentner, Arbeitslose und Pensionäre, denen wegen der desolaten Haushaltslage die Bezüge gekürzt werden. Die ständigen Steuererleichterungen der vergangenen Jahrzehnte für Unternehmen und Kapitaleinkommensbezieher haben diese Umverteilung enorm verstärkt. Bleiben die Steuerregelungen so wie sie sind, wird sich daran auch in kommenden Generationen nichts ändern.

Herr Stöhlker, vielleicht sollten wir uns lieber einmal Gedanken über die Perspektivlosigkeit der Jugend machen, die Altersarmut, die Umweltzerstörung, die Qualhaltung von Tieren, Psychische Erkrankungen, Demenz und vieles mehr.

Das alles ist viel wichtiger, als die Rettung von Banken (Finanzplatz) – und kostengünstiger wäre es auch!

Beste Grüsse
Der Praktiker